

Arbeiter-Zeitung

**Neue!
vom Sonntag!**

Er scheint täglich mit Ausnahmepreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 1,50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 2,00 Mk. Einzelhefte: Die gebundene Ausgabe 12 Hef. Preis: 12,00 Mk. Die gebundene Ausgabe 12 Hef. Preis: 12,00 Mk. Die gebundene Ausgabe 12 Hef. Preis: 12,00 Mk.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverlag: Breslau, 10. Kreuzberger Straße 50. Telefon 4719. Postfach 4719. **Verlag:** Breslau 644. **Redaktion:** Breslau, Kreuzberger Straße 50. Telefon 4719. **Druck:** „Bauhaus“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzberger Str. 50.

Schiedsspruch für Mitteldeutschland Heraus zum Kampf gegen die drohende Verbindlichkeitserklärung!

II. Berlin, 20. Februar. Die zur Beilegung des mitteldeutschen Metallarbeiterkonflikts eingesetzte Schlichtungskammer fällt am Sonnabendmittag unter Vorsitz des Schlichters, Ministerialrats Dr. Hanschild, einen Schiedsspruch, der vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit eine Erhöhung von fünf Pfennigen pro Stunde vorseht, und zwar für alle drei mitteldeutschen Tarifgebiete soll eine besondere Regelung wegen der Sicherung der Leistungszulage getroffen werden. Der Streik bzw. die Aussperrung soll nicht als Arbeitsunterbrechung angesehen werden, und außerdem dürfen keine Maßregelungen bei am Streik beteiligten Metallarbeiter vorgenommen werden. In diesem Schiedsspruch, der gegenüber dem am 12. Januar ergangenen Spruch des Magdeburger Schlichters eine Erhöhung der Löhne um weitere zwei Pfennige vorseht, müssen sich die Parteien bis Montag, den 20. Februar, 12 Uhr, erklären haben.

Die mitteldeutschen Metallarbeiter haben bereits für Montag vormittag eine weitere Konferenz der Funktionäre aus den Streik- und Aussperrungsgebieten nach Halle einberufen, um zu dem Schiedsspruch Stellung zu nehmen.

Berlin, 20. Februar. Der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller hat die im Lohnstreit in der mitteldeutschen Metallindustrie für die Tarifgebiete Magdeburg, Halle und Anhalt im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedssprüche abgelehnt.

Dieser Schiedsspruch bedeutet die restlose Durchführung des Unternehmerplanes. Mit zwei lumpigen Beträge sollen die Arbeiter um den Erfolg ihres Kampfes betrogen werden. Die kurze Fällungsfrist bis Montag mittag 12 Uhr ist darauf berechnet, daß die Arbeitermassen zu dem Schiedsspruch überhaupt nicht Stellung nehmen können, daß er lediglich von der obersten Bürokratie und einem kleinen Teil ausgesuchter Vertrauensleute behandelt und womöglich angenommen wird. Auf jeden Fall soll der Schiedsspruch am Montagmittag für verbindlich erklärt und damit der Kampf abgebrochen werden. Die Ablehnung der Unternehmer soll den reformistischen Gewerkschaftsführern die Annahme des Schiedsspruches und dem Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitserklärung erleichtern.

Diese Gefahr gilt es jetzt unter Aufbietung aller der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Mittel zu verhindern.

Der mitteldeutsche Kampf ist längst nicht mehr nur eine Sache der mitteldeutschen Metallindustrie, sondern eine Angelegenheit der ganzen deutschen Arbeiterschaft. Die Unternehmer und die ganze Kapitalistenpresse haben offen ausgesprochen, daß es für sie in diesem Kampf um eine grundsätzliche Frage für die gesamte deutsche Industrie geht. Die Metallindustriellen haben im engsten Einverständnis mit der gesamten deutschen Kapitalistenklasse die Aussperrung von 800 000 Metallarbeitern angeordnet, zu dem ausgesprochenen Zweck, damit die ganze deutsche Arbeiterklasse zurückzuschlagen und generell für ganz Deutschland, vor allem für den bevorstehenden Tarifablauf von über vier Millionen Arbeitern, nennenswerte Lohnserhöhungen zu verhindern. Dieser von der Kapitalistenklasse ausgerichtete Kampf muß deshalb vom Proletariat mit aller Rücksichtslosigkeit, mit allen Konsequenzen durchgefochten werden.

Daher kann es nur ein geben: Ablehnung des Schiedsspruches, Fortführung des Kampfes auch gegen eine Verbindlichkeitserklärung und damit Entseftung des großen gewaltigen Massenpreits.

Kampfesgröße der Sowjetunion

Moskau, 19. Februar. (Eig. Draht.) Der in Moskau tagende achte Kongreß der Metallarbeiter richtete an die deutschen Metallarbeiterdelegation einen Aufruf mit der Aufforderung, im Kampfe gegen die Trutsmagnaten durchzuhalten. Die Internationale Arbeiterhilfe Russlands verspricht den Metallarbeitern Mitteldeutschlands, außer den bereits gesandten 20 000 Mark weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Polizei gegen Streikende

Prag, 20. Februar. (Eig. Draht.) Die Regierung hat in das Streikgebiet der nordwestböhmischen Bergarbeiter weitere Gen-

darmerieverstärkungen gesandt. Auf verschiedenen Gruben weigerten sich die Sicherheitsmannschaften, die Arbeit aufzunehmen, solange nicht die Polizeiposten zurückgezogen werden. Allgemein herrscht große Empörung über den provokatorischen Polizeiaufmarsch im Kampfgebiet. Die Regierung beabsichtigt, in die bestreikten Gruben Militär zur Leistung der Sicherheitsarbeiten abzulommandieren. Der Streik hat dadurch eine außerordentliche Verschärfung erfahren.

Ministerialdirektor
Hanschild (Weimar)

Schlichter im großen
Kampf d. Metallindustrie,
der jetzt den 5-Pfennig-
Spruch gefällt hat.



Erneute Wahlen in Hamburg Kommunistischer Stimmengewinn

II. Hamburg, 20. Februar. Das vorläufige amtliche Ergebnis der am Sonntag in Hamburg stattgefundenen Bürgerstimmwahlen ist folgendes (Ziffern von 1927 in Klammern. Die Reb.):

SPD.	246 630	(247 469)	63	(63)
DNVP.	94 030	(98 817)	22	(22)
KPD.	114 223	(110 232)	27	(27)
Demokraten	87 522	(65 295)	21	(16)
DVP.	85 471	(72 432)	20	(18)
Zentrum	9 393	(9 774)	2	(2)
Nationalsozialisten	14 739	(9 754)	3	(2)
Mittelstandspartei	20 048	(27 163)	4	(6)
Vollrechtspartei	5 535	(7 762)	1	(1)
Splittlerparteien	13 862	(—)	—	(—)
Einteilungskommunisten	741	(—)	—	(—)

Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 685 954 bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent.

Nach dem Spruch des Staatsgerichtshofes wurde die Bürgerstimmwahl am 9. Oktober vorigen Jahres für ungültig erklärt. Deshalb fand gestern in Hamburg der zweite Wahlkampf innerhalb von vier Monaten statt.

Diese Wahl war besonders interessant, da sie sich abspielte, nachdem vor der Hamburger Arbeiterschaft die Verhandlungen über die Ausübung der roten Mehrheit stattgefunden haben. Die Sozialdemokratie hatte denn auch den Wahlkampf mit allen Mitteln des Betruges und der Verleumdung gegen die Kommunisten geführt. Das Hamburger SPD.-Organ, das „Echo“, spielte plötzlich den Radikalen. Auch der Apparat der Gewerkschaften wurde aufgeboten. Die Gewerkschaftssekretäre brachten Wahlmaterial zur Verteilung. (1)

Trotzdem hat nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis die kommunistische Partei ihre Stimmzahl nicht nur gehalten, sondern um 4000 vermehrt, während die Sozialdemokratie über 1000 Stimmen verloren hat. Es findet also innerhalb des Hamburger Proletariats eine langsame Verschiebung nach links statt, die die beste Antwort auf den Koalitionskurs der SPD.-Führer ist. (Wir kommen auf das Wahlergebnis noch zurück.)

Um das „Rotprogramm“

(Eig. Draht.) Berlin, 20. Februar.

Trotzdem der Reichstag acht Tage Karnevalsferien genommen hat, geht der Fußhandel in der Regierungsfrage weiter. Es finden vor allem Verhandlungen mit den Sozialdemokraten statt, die weitgehende Zustimmung zum Rotetat bereits gemacht haben. Ironisch meint dazu die „Kölnische Volkszeitung“, ein führendes Zentrumsorgan, daß sich zwischen Regierungsparteien und Opposition schon eine einheitliche Linie angebahnt habe, die — und das ist die Ironie bei der Geschichte — von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten geht. In demselben Augenblick, wo die bisherige politische Arbeitsgemeinschaft in die Brüche geht, bildet sich so etwas wie eine neue, ganz große Koalition, die allerdings nur für eine bescheidene Zeit arbeiten will, und deren wesentlicher Programmpunkt die Verpflichtung aller Beteiligten ist, bis zur Auflösung des Reichstags hinhin zu bleiben. Da sich im

Rotprogramm auch ein Punkt befindet, der auf eine weitere Unterbindung agrarischer Einfuhr hinausläuft, zögert die Sozialdemokratie vorläufig mit ihrer vollständigen Zustimmung. Doch hat schon heute am Freitag erklärt, die Sozialdemokratie halte „die Durchführung des Rotprogramms für möglich.“

Die Sozialdemokratie hat sich auf den Boden des Hindenburg-Briefes gestellt! Sie hat den kommunistischen Antrag auf Reichstagsauflösung abgelehnt! Sie bildet faktisch heute bereits eine Koalition mit den Deutschnationalen! Sie macht republikanischen „Bürgerfrieden“! So steht ihr „Kampf“ gegen den Bürgerblut aus!

Ortsgruppe Hindenburg des NSD. bleibt weiter verboten

Eine Antwort des sozialdemokratischen Innenministers

II. Berlin, 18. Februar. Wie der Amtliche Preussische PresseDienst der Antwort des preussischen Ministers des Innern auf eine kleine Anfrage der kommunistischen Landtagsfraktion entnimmt, kommt eine Aufhebung des Verbots der Ortsgruppe Hindenburg des Roten Frontkämpfer-Bundes zurzeit nicht in Frage.

Die Auflösung der Ortsgruppe Hindenburg des NSD. erfolgte seinerzeit, weil bei einem Arbeiter bei einer Hausdurchsuchung Waffen gefunden wurden. Dieser Arbeiter hat jedoch niemals dem NSD. angehört. Die Aufrechterhaltung des Verbots des NSD. ist eine Illustration zu den vor einigen Tagen erfolgten Lobgesängen der SPD.-Politik auf dem Preuzentage. Die Organe und Redaktionen zeigen sich als Schrittmacher der Faschisten, die darüber jubeln, daß in der Stadt des Hüttenbezirks die Abwehrorganisation des Klassenbewußten Proletariats verboten bleibt.

Vom Tage

II. Berlin, 18. Februar. Die auf den Stichtag des 15. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts beträgt 137,7.

Dr. Stresemann hat in San Remo eine Zusammenkunft mit dem rumänischen Außenminister Titulescu.

Die englische Regierung plant zum Botschafter in Paris Sir William Tyrrell vorzuschlagen, der ein Befürworter des englisch-französischen Einverständnisses (gegen die Sowjetunion!) ist.

Die Arbeiter der englischen Schiffbau-Industrie erheben die Forderung auf Erhöhung der Löhne um zehn Schilling und der Akkordzulage um zehn Prozent.

Das indische Parlament in Delhi hat mit 68 gegen 68 Stimmen beschlossen, die nach Indien entsandte englische Verfassungskommission zu boykottieren.

Es wird weitergewirkt!

Hindenburgs Notprogramm wird durchgepeitscht Die Sozialdemokratie stimmt zu

(Eig. Drahtb.) Berlin, 18. Februar.

Die Abweisung des Reichstags am Freitag mußte ergebnislos abgebrochen werden. Die ganze Nacht hindurch knobten die Regierung und die Bürgerblockparteien an einem Notprogramm herum...

Als der Reichstag um 13 Uhr zusammentrat, wurde bekannt, daß Hindenburg einen zweiten Brief geschrieben hatte und im nationalen Interesse, das heißt im Auftrag des Schwerhaupts...

So wurde die Reichstagsitzung um 13 Uhr zu einer ebenso kümmerlichen Komödie wie die Freitagabenditzung. Präsident Löbe eröffnete und erzählte, daß die Regierung sich immer noch nicht schlüssig geworden sei.

Um 18 Uhr trat dann der Reichstag zusammen und Präsident Löbe teilte mit, daß die Mehrheit sich geeinigt habe — auf die Erstellung eines Notprogramms.

Genosse Koenen kennzeichnete die ganze Komödie, die sich in den letzten Tagen im Reichstag abgespielt hatte. Er verlangte, daß die Regierung sofort eine Erklärung abgeben solle.

Genosse Koenen sagte u. a.: „Die Arbeiter, die sich mit Schiedssprüchen, wie heute einer für Mitteldeutschland, mit fünf Pfennigen Zulage gefüllt worden ist, abstimmen sollen, können nicht zulassen, daß über das sogenannte Notprogramm hier nicht einmal eine Auseinandersetzung stattfindet.“

Bei der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag auf sofortige Entgegennahme einer Regierungserklärung von den Bürgerblockparteien und den Sozialdemokraten abgelehnt.

Sozialdemokratisch-deutschnationale Einheitsfront gegen den 8-tundertag

In der Freitagssitzung des Landtages stand als erster Punkt die Verlängerung des Gewerbesteuer-Gesetzes auf der Tagesordnung. Hierzu führte im Auftrage der kommunistischen Fraktion der Genosse Müller-Gessen aus: Das Gewerbesteuer-Gesetz hat angesichts der verheerendsten Angriffe der Unternehmer...

Nach längerer Debatte wurde das Gesetz angenommen und alle Anträge der Kommunisten einstimmig von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten (mit Ausnahme des Antrages betr. Freilassung der Konsumvereine) abgelehnt.

2. Lesung auf der Tagesordnung. Hierbei kam es wiederum zu einem Geplänkel zwischen der Volkspartei und den Sozialdemokraten bzgl. dem Minister Grzesinski über den Fall Schlägerer.

Reichsbannerführer und Polizeispitzel

Was die SPD-Presse „enthüllt“ und was sie verschweigt

Unter der knalligen Ueberschrift „Ehrhardt-Banden und Rotfront“ veröffentlichte die schlesische und ober-schlesische SPD-Presse einige Briefe von Faschisten mit folgender Einleitung: Die nachstehenden Briefe zeigen, daß die Futschbestrebungen dieser Gezellen nach wie vor bestehen...

Diese Einleitung und die knallige Ueberschrift müssen naturgemäß jeden Leser zu der Annahme verleiten, in den nachfolgenden Enthüllungen werde mindestens irgendein „geheimer Plan“ dargelegt, den vielleicht Ehrhardt und Schämann gemeinsam gegen das Wohl und Wehe der Republik geschmiebt hätten.

Der März naht!

Der März, der traditionelle Kampfsmonat des Proletariats, verpflichtet jeden Genossen zur allerhöchsten Aktivität. In diesem Monat muß jeder sein Bestes hergeben. Speziell in puncto Werbearbeit für die „Arbeiter-Zeitung“.

Alle Mann an Bord!

dem Brief des Ehrhardt-Mannes auf Wahrheit beruht haben würde, wäre die alberne und heuchlerische Ueberschrift der SPD-Presse ein Gipfelstück journalistischer Hochkaperei. Wenn die SPD-Presse wirklich etwas über die Verbindung mit faschistischen Elementen enthüllen will...

Die deutsch-sowjetrussischen Wirtschafts-verhandlungen

SPD-melber: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Union der SSR, die am 11. d. M. im Moskauer Amt begonnen haben, sind im Laufe der letzten Tage weitergeführt worden.

Freundlichkeiten gegenseitig an den Kopf. Namens der kommunistischen Fraktion rechnete Genosse Wied in einer grundrührlich rhetorisch glänzenden Rede gründlich mit dem System Grzesinski, seinen demagogischen Gegenspielern, den Volksparteiler und Deutschnationalen, ab.

meine Aussprache wird voraussichtlich am Freitag, dem 17. d. M., zum Abschluß gelangen. Sie soll unmittelbar durch die Arbeit der Kommissionen abgelöst werden.

Die schlesische Erwerbslosigkeit steigt noch

In der Woche vom 2. bis 8. Februar ist, wie das Landesarbeitsamt mitteilt, der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit noch nicht erreicht worden. Gegen die Vorwoche stiegen sowohl die Zahlen der Arbeitssuchenden, wie der Arbeitslosenunterstützungs- und Krisenunterstützungsempfänger in den Provinzen Nieder- und Oberschlesien weiter an.

Neue Schreckensurteile gegen kommunistische Arbeiter

Leipzig, 19. Februar. (Eig. Bericht.) Nach zweitägiger Verhandlung wurde in dem Hochverratsprozeß gegen fünf kommunistische Arbeiter das Urteil gefällt: Wegen der Verbreitung der legalen Zeitschrift „Schutzpolizei“ wurden der Arbeiter Wendlich aus Zeitz zu zwei Jahren Festung und die Arbeiter Wend und Köhler aus Kötz zu zehn Monaten Festung und zu den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

Savanna fliegt auf „Gin’gleit“ über böllige Ergebnislosigkeit

Warschau, 17. Februar. Die kommunistische Wahlliste Nr. 13 ist bekanntlich bestätigt worden, in dem einzelnen Bezirken aber werden die Listen der Kommunisten trotzdem vielfach für ungültig erklärt, so in Krakau, Posen und Lodz.

Keine Besetzung des Völkerbundes nach Wien

Aber eine beabsichtigte Besetzung des Völkerbundes nach Wien werden demontiert. Hierbei wird hervorgehoben, daß Genf ausdrücklich im Hinblick auf die neutrale Atmosphäre zu dem Sitz des Völkerbundes gewählt worden sei.

Neue Kämpfe in Arabien. — In London, 18. Februar.

Nach Meldungen aus Arabien und Amman machen sich Wahabitkämpfe an den Grenzen des Irak wie Transjordanien unangenehm bemerkbar. Sie verlangen von den jenseits der Grenze des Hebra, des heutigen Wahabitreichs, lebenden Stämmen Steuern und freie Warenzufuhr.

Beitragen des amerikanischen Imperialismus. — Paris, 19. Februar.

Die Tagesblätter in Washington melden, erklärte der englische Botschafter in Washington in einer Rede, daß die Stunde der allgemeinen Abrechnung noch nicht geschlagen habe.

Kommunistische Fraktion in Portugal. Die portugiesische Polizei hat in Barcarena, südlich von Lissabon, zwanzig Kommunisten unter der Beschuldigung verhaftet, an einer „Verschwörung“ beteiligt zu sein.

Schärfung des Boykotts der indischen Verfassungscommission. — London, 18. Februar.

Nach Berichten aus Neu-Delhi hat die gesetzgebende Versammlung den Antrag auf Boykott der indischen Verfassungscommission mit 68 gegen 62 Stimmen angenommen.

Reformistische Niederlagenstrategie

Die Verberbllichkeit der reformistischen Politik für die Arbeiter- schaft in Oberschlesien kann man so recht erkennen, wenn man das letzte halbe Jahr einer Betrachtung unterzieht.

Als sich bei den Bergarbeitern Mitte Oktober v. J. eine Bewegung für eine gewerkschaftliche Lohnhöhung bemerkbar machte, berief die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands eine Reviorkonferenz der ober-schlesischen Bergarbeiter für Sonntag, den 28. Oktober, ein.

Als Bergarbeiter, ihr habt ruhig zu warten, bis die Unternehmer freiwillig etwas geben, auch wenn die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel verdoppelt und verdreifacht werden.

Die Bewegung in der Metallindustrie

Diese Bewegung wurde von vornherein mit einer Ausweichpolitik geführt. Bei der Frage des Manteltarifs vertrat man die Metall- arbeiter auf den 1. Januar, weil dann sowieso der Kampf um die Durchführung der Verordnung vom 18. Juni auf der Tagesordnung steht.

Am 13. November tagte in Hindenburg eine Funktionärskonferenz des DMB. Resultat: eine Resolution: „Die Vertrauensmänner des Deutschen Metallarbeiterverbandes protestieren gegen die Irreführung der Unternehmer und ihre Verschleppungspolitik.“

Wieder pfliff der Reichsarbeitsminister auf die „Wünsche“ der Reformisten und verordnete die Hinabschiebung der Achtstundens- schiebt bis zum 1. April 1928. Was tat nun der Deutsche Metallarbeiterverband?

Die Anträge der Unternehmer verlangten eine Verzögerung der Regelung der Arbeitszeit bis zu 1½ Jahren. Wenn dem gegenüber der Standpunkt der Gewerkschaften so fest war, daß schließlich nur eine Verzögerung um ein Vierteljahr übrig blieb, so ist das durchaus als Erfolg zu werten.

Hier kommt so recht der Gipfel der Niederlagenstrategie der Reformisten zum Ausdruck. Der Erfolg der Unternehmer wird einfach als Erfolg der Arbeiter umgelogen.

Wie die Reformisten die kommenden Bewegungen vorhersehen

Kugensichtlich töbt in Mitteldeutschland der Kampf von 50 000 Metallarbeitern, doch was hört dieses den sozialdemokratischen Führer in Oberschlesien.

Die Arbeiter in Ost-Oberschlesien fühlen sich mit ihren Kollegen in West-Oberschlesien solidarisch und wollen gemeinsam um den Achtstundentag kämpfen.

Die nationalitätlich eingestellten sozialdemokratischen Führer haben ein Interesse am Kampf in Ost-Oberschlesien, um dann nach dem

Beispiel des englischen Bergarbeiterstreiks zu handeln, d. h. den Arbeitern zu empfehlen, die Konjunktur wahrzunehmen und Streik- brecherlos zu liefern.

Am 28. Januar 1928 tagte eine Bezirkskonferenz des DMB. Auch hier vermied man ängstlich jedes Wort, das den Anschein erwecken könnte, als wenn die Bergarbeiter für ihre Forderungen kämpfen würden.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat seinerseits noch nichts getan, um den Kampf zum 1. April vorzubereiten.

Auf der Betriebsrätekonferenz der Eisenbahner wurden die Forderungen der Opposition gegen die Stimme des den Eisenbahnern in Gleiwitz als Kommissar auf die Nase gesetzten Kontrowitz angenommen.

Die Reformisten schließen aus

In der Mitgliederversammlung des DMB. Gleiwitz wurde durch die Opposition eine Entschlüsselung eingebracht, die folgende Forderungen stellte:

„Die Niederlage der Metallarbeiterschaft am 1. Januar 1928 lehrt uns folgendes:

- 1. Ohne Kampf sind die notwendigen Forderungen der Arbeiterschaft nicht durchzusetzen. 2. Die Kampfvorbereitungen müssen rechtzeitig getroffen werden durch: a) Vorgesellschaftsversammlungen, wozu die Frauen der Kollegen einzuladen sind.

Die Entschlüsselung wurde einstimmig angenommen. Die Orts- verwaltung, die unfähig ist, die gestellten Aufgaben durchzuführen, und andererseits den Wirtschaftsfrieden nicht gefährden lassen will, versucht die oppositionellen Kollegen aus dem Verbands zu werfen.

„Werter Kollege! Gemäß den Paragraphen 22 und 23 unseres Statuts teilen wir Dir mit, daß von seiten mehrerer Mitglieder auf Grund deines Auftretens in der letzten Mitgliederversammlung beantragt wurde, gegen Dich das Ausschlußverfahren einzuleiten.“

Gleiwitz

Unverändert hohe Erwerbslosenziffer. Der städtische PresseDienst Gleiwitz teilt uns mit: Auch in dieser Berichtswoche machte sich keine Besserung in der Arbeitsmarktlage bemerkbar.

Hindenburg

Schanzhütten. Der Bestand an vollkonzessionierten Gastwirt- schaften im Stadtgebiet beträgt zurzeit 112, Spirituosen-Kleinverkaufts- stellen sind 59 konzessioniert.

Oppeln

Religion entscheidet in Personalfragen. Recht sonderbar benimmt sich die Landwirtschaftskammer Oberschlesien bei Einstellungen von Aushilfskräften.

- 1. In dieser Mitgliederversammlung von Du eine von Dir und dem Kollegen Walczuch unterzeichnete Resolution eingebracht, in der Ihr behauptet habt, daß die Gewerkschaften, also in diesem Falle der DMB, dem auch Du angehört, im ver- gangenen Jahre auf den Kampf für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verzichtet haben.

Auf Grund dieser Anschuldigungen hat die Ortsverwaltung dem Antrag auf Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen Dich statt- gegeben und wirst Du hierdurch aufgeföhrt, Dich gegen die An- schuldigungen innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen, vom Tage der Zustellung dieses Schreibens an gerechnet, schriftlich bei dem Unterzeichneten zu rechtfertigen.

Das Schreiben beweist u. a. eine geradezu erschreckende Un- kenntnis des Statuts. Im Einheitsverband der Eisenbahner zeigt Kontrowitz seine Unfähigkeit durch Einleitung von Ausschüssen.

„Werter Kollege! Die hiesige Ortsverwaltung hat in ihrer Sitzung vom 14. Februar 1928 zu dem verbandsschließenden Erleben der „grundfählichen“ oppositionellen Kollegen, zu denen auch Du gehörst, Stellung genommen und beschlossen, auch gegen Dich gemäß Paragraph 20, Ziffer 1, Satz 2 und Ziffer 7 unseres Verbandsstatuts das Verfahren zu eröffnen.“

Es wird gegen Dich der Vorwurf erhoben, daß Du Dich aktiv an Handlungen beteiligt, die die hiesige Ortsgruppe des Einheits- verbandes unter die Vormöglichkeit der Kommunistischen Partei stellen wollen.

Schon jetzt fordern wir Dich auf, gemäß Paragraph 20, Ziffer 7 des Verbandsstatuts das Mitgliedsbuch vorläufig der Ortsverwaltung zu übergeben, da während des anhängig gemachten Verfahrens Deine Rechte und Pflichten als Mitglied ruhen.

Wir warnen Dich, Deine ohnehin nicht gerade beneidenswerte Lage durch irgendwelche verbandsschließende Handlungen noch un- nötig zu verschärfen.

Soweit Du im Besitz irgendwelcher Verbandsmaterials bist, ersuchen wir Dich, dasselbe zugleich mit dem Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung abzuliefern.“

Im Bergarbeiterverband hat man gegen drei Kollegen Ausschluß- verfahren eingeleitet.

Kampfvorbereitungen zum 1. April trotz alledem

Die Maßnahmen der Reformisten werden nur geeignet sein, die Opposition zu stärken und die Einheitsfront der Vertätigten zur Durchsetzung der Forderungen herzustellen.

„Werter Kollege! Gemäß den Paragraphen 22 und 23 unseres Statuts teilen wir Dir mit, daß von seiten mehrerer Mitglieder auf Grund deines Auftretens in der letzten Mitgliederversammlung beantragt wurde, gegen Dich das Ausschlußverfahren einzuleiten.“

wirtschaftskammer überhaupt nicht in Frage. Die Kammer ist ein staatliches Unternehmen, also eine Behörde. Es ist unerhört, was sich einige leitende religiöse Fanatiker erlauben können.

Stadtverordnetenversammlung. Am Donnerstag, dem 23. Februar, findet eine Stadtverordnetenversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen 21 Punkte, von denen sieben in nichtöffentlicher Sitzung be- handelt werden.

Mitwirkende gesucht. Am Sonnabend, dem 4. März, findet wieder eine Theatervorführung statt. Es werden vor allem weibliche Spieler gebraucht.

Am das Arbeiter-Sportkartell. Endlich geht man auch hier dazu über, ein Sport- und Kulturkartell ins Leben zu rufen. Es wird wohl daran gelegen haben, daß die immer stärker werdende Freie Turner- schaft bisher in Händen von Sozialdemokraten war.

Mitteilung der Ortsgruppe der SPD. Die angezeigte Werbe- kampagne für Partei und Presse wird weitergeführt. Die einzelnen Zellen werden ersucht, das erste Ergebnis (vom 12. bis 18. Februar) der Ortsgruppenleitung anzugehen.

Versammlungskalender

Kommunistischer Jugendverband

Oppeln, Zele Stadt. Donnerstag 19.30 Uhr Versammlung im Keller. Oppeln, Zele Vorstadt. Donnerstag 19.30 Uhr Versammlung im Schützenhaus.

Der Kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD.

Schleichende Teuerung - Zollwucher - Grenzsperrung Gegen die reformistische Sabotage der Streikhilfe

Der Preiswucher der kapitalistischen Monopole für die industriellen Verbrauchsgüter wird durch die Indizes des statistischen Reichsamtes grell beleuchtet. Vom Januar 1927 bis Januar 1928 ist der Index für die industriellen Konsumgüter von 150,9 auf 172,9, also um 22 Punkte oder 14,6 Prozent gestiegen. Der Index für die Produktionsmittel ist in der gleichen Zeit nur um 4,5 Prozent gestiegen. Neben der beschärfsten Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Preiswucher der kapitalistischen Erzeugnisse in unerschöpflicher Weise ausgedehnt. Aber nicht nur das Erzeugnis versucht auf diesem Wege den Reallohn der Arbeiterschaft und damit die Lebenshaltung der breiten Volksmassen herabzudrücken, sondern auch die Großagrarien treiben die Bürgerblockregierung zu einer Verschärfung ihrer Hungerpolitik an. Durch die im letzten Sommer erfolgte Erhöhung der Getreide-, Zucker- und Fleischpreise ist der Profitlöhner der ostelbischen Junker keineswegs gestillt. Auf der Tagung der „Landbündler“ gelegentlich der „Grünen Woche“ in Berlin haben die Junker „auskömmliche Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft, Verhinderung aller Einfuhr, deren das deutsche Volk nicht unbedingt zum Leben bedarf“, gefordert. Für die Bürgerblockregierung sind die Forderungen des Finanz- und Erbkapitals, wie auch der Großagrarien Befehl. Und wie die Bürgerblockregierung bei Auswanderung des Volkes durch das Erbkapital Vorhube leistet, so wird sie auch den Forderungen der Junker auf Erhöhung der Zölle und Sperrung der Grenzen, insbesondere für ausländisches Fleisch und Milch, Rechnung tragen. So hat die Bürgerblockregierung bereits das Kontingent der zollfreien Gefrierfleischzufuhr um 20 Prozent von 10 000 auf 8 000 Tann monatlich herabgesetzt.

Wenn die Arbeiterschaft nicht eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung hinnehmen will, dann muß sie den Kampf gegen diese Pläne des Erbkapitals und der Großagrarien mit allen Mitteln und in geschlossener Front aufnehmen. Die im letzten Jahre gestiegenen Kosten der Lebenshaltung sind nicht entfernt durch höhere Löhne ausgeglichen worden. In den nächsten Wochen laufen für 4 bis 5 Millionen

Arbeiter die Tarife ab, und dieser Anlaß wird benutzt werden müssen, um mit allen Mitteln höhere Löhne zu erkämpfen. Neben dem Kampf um Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen — in dem die Konsumvereine Solidarität üben müssen — müssen die werktätigen Massen zum Kampf gegen die Preisbildung der Kartelle und Trusts, gegen die Hungerzölle und Massensteuern, der ein Kampf gegen die Bürgerblockregierung ist, mobilisiert werden. Die reformistischen Genossenschaftsführer haben bisher nicht nur in diesem Kampfe vollständig versagt, sondern durch ihre sogenannte politische Neutralität die Auswanderung der Volksmassen unterstützt. Die Mobilisierung der Genossenschaftsmitglieder gegen die Hungerpolitik des Bürgerblocks und die aktive Teilnahme der Genossenschaftsbewegung an diesem Kampfe bedingt den schärfsten Kampf gegen die reformistischen Genossenschaftsführer. Die proletarischen Genossenschaftsmitglieder müssen jede Genossenschaftsversammlung benutzen, um das Versagen der reformistischen Genossenschaftsführer aufzuzeigen und die Genossenschaftsmitglieder davon zu überzeugen, daß es für die Konsumvereine als proletarische Organisationen in dem Kampf der Arbeiterschaft um die Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung keine „Neutralität“ geben kann. Die Genossenschaftsmitglieder müssen fordern, daß die Genossenschaftspresse das vorliegende Material über den unverschämten Wucher der kapitalistischen Monopole und die Auswirkungen der Zoll- und Steuerbelastung auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu ihrer Kenntnis bringt. Ferner muß verlangt werden, daß die Konsumvereine durch Plakate in ihren Verteilungsstellen die Arbeiterfrauen aufklären, wodurch die ständige Preissteigerung verursacht wird und in welchem Maße die Kosten der Lebenshaltung durch die bestehenden Zölle und Massensteuern verteuert werden. Angesichts der neuen Angriffe des Erbkapitals und der Großagrarien auf die Lebenshaltung der Werktätigen müssen die Genossenschaften die Initiative ergreifen, um gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften und den proletarischen Organisationen Kundgebungen gegen die Auswanderungspolitik der Bourgeoisie und ihrer Bürgerblockregierung zu organisieren.

Die Forderung der proletarischen Genossenschaftsmitglieder auf Unterstützung der Arbeiterkämpfe durch die Konsumvereine hat die reformistischen Genossenschaftsführer herabgelassen. Die Leitungen der Konsumvereine vor der Durchführung von Unterstützungsmassnahmen zu warnen. Die von den Konsumvereinen gewährte Unterstützung an im Streit stehende Mitglieder, wird in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ als „kontingentlicher Schwundel“ bezeichnet. Durch die Ablehnung der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ tritt die Tatsache der Unterstützung der streikenden Textilarbeiter durch die Konsumvereine Hamburg, Krefeld, Oelsch, die Unterstützung der Metallarbeiterkämpfe in Cronenberg, Solingen, Köln, wie auch des mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks nicht aus der Welt geschafft werden. Nach Protestmassnahmen gegenwärtig der Konsumverein Halle seinen am Metallarbeiterstreik beteiligten Mitgliedern wöchentlich 1 Brot. Die Belegschaft des hallischen Konsumvereins hat ebenfalls schon 1500 Mark zur Unterstützung der Streikenden bereitgestellt, wie auch die kommunistische Genossenschaftsfraktion beschlossen hat, aus ihrer Fraktionskasse der ZKS zur Unterstützung der Streikenden 1000 Mark zu überweisen.

In den nächsten Wochen laufen für 4 bis 5 Millionen Arbeiter die Tarife ab und größere Streikbewegungen werden unvermeidlich sein. Die Arbeiterschaft erkennt immer mehr, daß die Solidarität der gesamten proletarischen Klasse und ihrer Organisationen zur erfolgreichen Durchführung ihrer Wirtschaftskämpfe notwendig ist. Für jeden Klassenbewußten Arbeiter ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Konsumvereine als proletarische Organisationen in den Wirtschaftskämpfen Solidarität üben müssen. Gegen die prinzipielle Ablehnung einer Streikhilfe durch die reformistischen Genossenschaftsführer müssen die proletarischen Genossenschaftsmitglieder deshalb den schärfsten Kampf führen. Die Einstellung der reformistischen Führer zu dieser Frage wird auch den sozialdemokratischen Arbeitern die Augen öffnen und ihnen zum Bewußtsein bringen, daß die „politische Neutralität“, mit der die Reformisten die Ablehnung der Streikhilfe begründen, nichts weiter als eine Unterstützung der Unternehmer bedeutet.

Die bisherige Unterstützung der Arbeiterkämpfe durch die Konsumvereine ist natürlich vollständig ungenügend und steht in gar keinem Verhältnis zu der finanziellen Leistungsfähigkeit und der wirtschaftlichen Kraft der Konsumvereine. Von einigen Ausnahmen abgesehen, haben die Konsumvereine, die bisher schon in Wirtschaftskämpfen Unterstützung gewährten, sich auf die Unterstützung ihrer am Kampf beteiligten Mitglieder beschränkt. Es muß von den Konsumvereinen gefordert werden, daß sie nicht nur ihre Mitglieder unterstützen, sondern daß sie je nach ihrer wirtschaftlichen Lage und Leistungsfähigkeit für die Unterstützung aller an einem Kampf beteiligten Mitglieder bereitstellen. Nicht konformistischen Grundsätzen gegenüber den Kleinbäckern, die aus geschäftlichen Gründen die Einkünfte für die kämpfenden Arbeiter unterstützen, dürfen die Konsumvereine zu Unterstützungsmassnahmen veranlassen, sondern diese müssen aus Solidarität gegenüber den Streikenden von ihnen durchgeführt werden. In geschäftlicher Beziehung ist gerade die Solidarität der Konsumvereine gegenüber kämpfenden Arbeitern das beste Mittel zu ihrer Stärkung, weil dadurch die Arbeiter zum Beitritt in die Konsumvereine und zur Deckung ihres gesamten Bedarfs in diesen veranlaßt werden.

Wenn wir die Unterstützung der Arbeiterkämpfe durch die Konsumvereine fordern, dann wollen wir damit nicht die Gewerkschaft von der Pflicht entbinden, die Arbeiterschaft bei Wirtschaftskämpfen zu unterstützen. Die Hilfe der Konsumvereine kann nur eine Ergänzung der gewerkschaftlichen Streikunterstützung sein. Wo die Gewerkschaften auch die Unterstützung der Unorganisierten mit übernehmen — was notwendig ist, wenn nicht die Unorganisierten durch den Hunger zu Streikbrechern werden sollen —, da werden wir vom Konsumverein die Überweisung der Unterstützung an die betr. Gewerkschaftsorganisation fordern und vorschlagen, daß die Unterstützung in Form von Gutscheinen gewährt wird, für die die kämpfenden in den Verteilungsstellen der Genossenschaft nach Wunsch Waren erhalten. Bei einer engen Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Genossenschaft ist nicht nur die Unterstützung der Arbeiterkämpfe durch die Konsumvereine in dieser Form möglich, sondern andererseits kann die Auszahlung von Gutscheinen oder Lokalunterstützungen der Gewerkschaften ebenfalls in Gutscheinen erfolgen, für die der Konsumverein Waren verabfolgt. Bei einer solchen engen Zusammenarbeit der Gewerkschaften und Genossenschaften würde die Solidarität der Konsumvereine in Arbeiterkämpfen für diese eine wirkliche Propaganda sein, die zu einer unmittelbaren Stärkung der Genossenschaft führen müßte. Wo die reformistischen Genossenschaftsführer — was nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich ist — die Unterstützung der Kämpfe durch die Konsumvereine ablehnen, oder auch die Unterstützung der Unorganisierten verweigern, dann muß selbstverständlich die ZKS eingreifen, um zu verhindern, daß durch den Hunger ein Teil der im Kampf stehenden und von den Gewerkschaften verlassenen Arbeiter die Geschlossenheit der Kampffront erschüttert wird. In solchen Fällen müssen natürlich die Konsumvereine die von ihnen gewährte Unterstützung, je nach den Verhältnissen, ganz oder teilweise über die ZKS den kämpfenden zuführen. Die ZKS ihrerseits wird bei ihren Unterstützungsmassnahmen selbstverständlich mit den Konsumvereinen aufs engste zusammenarbeiten und die von ihr benötigten Lebensmittel vom Konsumverein beziehen.

Angesichts der bevorstehenden Wirtschaftskämpfe muß die Frage der Unterstützung dieser durch die Konsumvereine schon jetzt bei der Vorbereitung dieser Kämpfe überall gestellt werden. In den Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen, die sich mit der Vorbereitung der Kämpfe beschäftigen, muß diese Frage behandelt und die Solidarität der Konsumvereine gefordert werden. In den Konsumvereinen müssen die proletarischen Mitglieder jede Gelegenheit benutzen, um die Sabotage der Streikhilfe durch die reformistischen Führer zu brechen. In den Generalversammlungen der Konsumvereine muß durch Beschluß ein besonderer Fonds zur Unterstützung der Arbeiterkämpfe geschaffen werden.

Guter Fortschritt in Berlin

Bei der nach 3 Jahren wieder am 22. Januar stattgefundenen Delegiertenwahl zur Vertreterversammlung der Berliner Konsum-Genossenschaft hat die Opposition einen guten Fortschritt erreicht. Gegenüber der Wahl von 1925 hat sich die Wahlbeteiligung von etwa 24 000 auf etwa 48 000 Mitglieder erhöht. Während die SPD bei der Wahl 1925 16 277 Stimmen oder 67 Prozent erhielt, steigerte sie ihre Stimmen 1928 auf 30 916 oder 64 Prozent. Die Opposition, die bei der Wahl 1925 8042 Stimmen oder 33 Prozent hatte, erhielt 1928 17 372 oder 36 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Die Opposition hat also über ein Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten. Bei der Mandatsverteilung kam das Verhältnis nicht zum Ausdruck. Während die SPD, die 1925 407 oder 77 Prozent aller Mandate erhielt, 1928 49 oder 71 Prozent der Mandate erhielt, wurden der Opposition, die 1925 122 Mandate oder 23 Prozent hatte, 1928 179 Mandate oder 29 Prozent aller Mandate eingeräumt. Während die SPD, also 22 Mandate mehr erhielt, erreichte die Opposition einen Zuwachs von 57 Mandaten. Durch die in einzelnen Verteilungsstellen nach der Wahl von 1925 stattgefundenen Nachwahlen war das Verhältnis für die Opposition etwas günstiger geworden, so daß danach die SPD, etwa 20 Mandate einbüßte, während die Opposition einen Zuwachs von 47 Mandaten hatte.

Der gute Wahlerfolg in Berlin ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß es gelang, die Gesamtpartei für die Vorbereitung der Wahlen zu mobilisieren. Nicht nur in den Bezirks- und Straßenzellen wurde zu der Wahlarbeit gründlich Stellung genommen, sondern am Donnerstag vor der Wahl fanden in allen Bezirken Straßenzellenversammlungen statt, an welchen sich auch alle Mitglieder beteiligten, die Parteizellen auszubilden. Dort wurden die Arbeiter für die Wahl verteilt. Für den Wahlsonntag war ein Schlepperdienst durch die Partei organisiert, durch den es gelang, das Wahlergebnis wesentlich zu beeinflussen. Der gute Fortschritt bei der Wahl in Berlin muß Veranlassung sein, in allen Konsumgenossenschaften die Genossenschaftsarbeit der Partei anzubahnen und zu verbessern, um überall dem Beispiel von Berlin zu folgen.

„Demokratie“ und Ausschüsse im Konsumverein Sangerhausen

In geradezu unglaublicher Weise hat die reformistische Bürokratie im Konsumverein Sangerhausen das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder ausgehöhlet. Die von der Opposition für die Vertreterwahl eingereichte Vorlageliste wurde kurzerhand aus völlig nichtigen Gründen für ungültig erklärt. Dabei handelte es sich um die Widerspruch mit den Bestimmungen des Statuts, so daß die ungeschicklichen Kräfte der oppositionellen Vorlageliste nur mit willkürlich konzipierten Bestimmungen begründet werden konnten. Damit aber die SPD eine „gültige“ Liste erhielt, wurde der Apparat der Genossenschaft für die Anfertigung dieser benutzt. Durch ein Schreiben des Genossenschaftssekretärs, das die Bezeichnung „Freie Liste“ trug, wurden die SPD-Bürgermeister aufgefordert, geeignete SPD-Mitglieder als Vertreter vorzuschlagen. Durch die Ungültigkeitserklärung der Oppositionsliste wurde keine Wahl statt und die Vertreterversammlung des Konsumvereins ist nicht anders als eine Funktionsversammlung der SPD.

Dieses jehem Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder hochschreitende Vorgehen der reformistischen Bürokratie zur Aufrechterhaltung ihrer Diktatur hat in der Mitgliedschaft des Sangerhäuser Konsumvereins eine ungeheure Empörung ausgelöst. Die Bürokratie hat sich aber hieran keineswegs beunruhigen lassen, sondern scharf gewillt zu sein, unter Anwendung aller Mittel ihre Diktatur zu erhalten, auch wenn der Konsumverein dabei zugrunde gehen sollte. Drei Vorsitzende der Opposition sind inzwischen von der reformistischen Bürokratie und ihrer Parteilichkeit ausgeschlossen worden. Der Ausschlag von drei oppositionellen Genossen hat die

Empörung der Mitgliedschaft noch gesteigert. In einer Anzahl stattgefundener Versammlungen im Verwaltungsgebiete des Konsumvereins haben die Mitglieder in eindeutiger Weise zum Ausdruck gebracht, daß sie gegen die Diktatur der Bürokratie mit allen Mitteln den Kampf führen werden.

Die ungeheure Entrüstung der Mitgliedschaft hat sich gelegentlich der ersten Tagung der sogenannten Vertreterversammlung gezeigt. Eine große Zahl von Mitgliedern hatte die Geschäftsführer ab und begleitete ihn zu der „Vertreterversammlung“ mit einem Transparent, auf welchem einem Proleten der Mund verbunden war und das die Unterschrift trug: „So sieht die Genossenschafts-demokratie aus!“ Vor dem „Schützenhaus“, wo die Versammlung tagte, hatten sich viele Genossenschaftsmitglieder mit Plakaten und Transparenten eingefunden, um gegen ihren Wahlrechtsraub und die Vergeßlichkeit ihrer Mitgliederrechte zu protestieren.

Nach einem Beschluß der Verwaltung sollte bei dem Punkt „Gültigkeit der Vertreterwahl“ einem Redner der Opposition 30 Minuten Redezeit gewährt werden. Die als Vertreterversammlung des Konsumvereins tagende Funktionsversammlung der SPD beschloß aber, keinen Vertreter der Opposition sprechen zu lassen. Während die Funktionsversammlung der SPD die „Vertreterwahl“ für gültig erklärte, pendelten vor den Fenstern des Lokals wie Ratten die Transparente hin und her.

Die Vorgänge in Sangerhausen sind eine gute Illustration für die „Demokratie“ und „Neutralität“ der reformistischen Genossenschaftsbürokratie. Die Interessen der Genossenschaft fördern diese Leute nicht; wenn es um die Erhaltung ihrer Herrschaft geht, ist ihnen kein Mittel zu gemein, und wenn die Genossenschaft dabei nur die Hunde geht. Die Mitgliedschaft wird natürlich ein solches geist- und hirnverwundenes Vorgehen der reformistischen Bürokratie nicht nur mit Protest und Entrüstung beantworten, sondern diesen Leuten auch zeigen, daß solche großen Verletzungen von Gesetz und Statut kein Kleinrädchen der Reue stillen können. Es ist selbstverständlich, daß auch die ausgeschlossenen Genossen ihren „Verbrechen“ in der Verteidigung der Mitgliederrechte beizutreten, Klage auf Nichtigkeitsklärung ihres Ausschusses anstrengen werden.

Blamage der Berliner Reformisten

Das Reichsgerichts Urteil gegen die reformistische Verwaltung der Berliner Konsumgenossenschaft hat für diese äußerst blamable Auswirkungen gehabt. Die am 22. Januar neu gewählten Vertreter mußten sofort zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammenberufen werden, die am 7. Februar stattgefunden hat. Auf der Tagesordnung dieser standen all die Angelegenheiten als Beratungsgegenstände, über die in früheren Generalversammlungen der unbefugte amtierende Vertreter schon einmal beschlossen worden war. Außer einer ganzen Reihe von Grundstückskaufen fand die Genehmigung der Bilanzen für 1925-26 und 1926-27 und die Renouvoir von zwei Drittel der Aufsichtsratsmitglieder auf der Tagesordnung. Aber die Beratung und Beilegung aller für die Generalversammlung zukünftigen Angelegenheiten durch die neu gewählte Generalversammlung ist nach nicht die letzte Konsequenz aus dem Reichsgerichts Urteil. Ebenso wie sämtliche Beschlüsse der Generalversammlung, sind auch sämtliche Beschlüsse des Aufsichtsrats seit Herbst 1926 ungültig, weil dieser nicht mehr ordnungsgemäß zusammengesetzt war, nachdem die unbefugte tagende Generalversammlung ein Drittel seiner Mitglieder neu gewählt hatte. Für die Mitglieder des Vorstandes ergeben sich daraus besonders „angenehme“ Konsequenzen, denn von diesem nicht ordnungsgemäß gewählten Aufsichtsrat hat sich der Vorstand eine nichtige Gehaltssteigerung von 53 Mark bewilligen lassen. Wenn jetzt die Opposition ihre Bevollmächtigung durch die Reformisten mit den gleichen Mitteln verwalten würde, dann müßte sich für die Berliner Genossenschaft ein nicht anzunehmendes Durcheinander ergeben. Die Opposition wird aber trotz der kläglichen Handlungen der Reformisten im Interesse der Genossenschaft keine Revanchepolitik treiben. In der Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder wird die Opposition nicht erlahmen und weiterhin für eine proletarische Politik in der Genossenschaft gegen die Reformisten jählich kämpfen und sich auch in Zukunft nicht provozieren lassen.

Die Erweiterung des Stadtkreises Breslau vor dem Abschluß

In Ergänzung unseres letzten Berichtes über die Einigungsverhandlungen im Landtagsausschuß...

Am Donnerstag beschäftigte sich der Einigungsausschuß des Preussischen Landtags mit dem Bescheid über die Erweiterung des Stadtkreises Breslau...

Die kommunalistischen Abgeordneten Schulz-Waldenburg und Jendrosch-Oberleschen verlangten, da die zum Teil in dem Stadtkreis Breslau aufgestellten Gemeinden...

Er wollte ins Gefängnis

Es ist einer der furchtbarsten Gedanken, um Nahrung und Obdach willen seine Freiheit gegen den Aufenthalt im Gefängnis zu vertauschen...

In der Nacht zum Freitag begegnete eine Polizeistreife auf dem Plüschplatz dem 33jährigen erwerbslosen Bauarbeiter Alfred Lepzig...

Ob er nun ins Gefängnis kommen wird?

Eine seltsame „Selbsthilfe“

Bekanntlich ist Breslau der Sitz der Reichsorganisation der „Selbsthilfe“-Krankensicherungen. Dem Namen nach zu schließen, ist der Zweck dieses Vereins der, zu helfen...

Vom Gedächtnisrennen

In der Jahrhunderthalle wird das Gedächtnisrennen fortgesetzt. Gegenüber seinen Vorgängern wirkte es in den ersten Tagen recht langweilig...

auch beschaff, um sie zum „Ausstreuen“ anzusparsen. Am Sonntag, nachmittags hatten sie diese wieder auf. Im Abigen ereigneten sich verschiedene Stürze.

Die gefürchte Nacht unterschied sich nicht viel von den beiden vorhergegangenen. In der 22-Uhr-Wertung kam es zu einer größeren Jagd, wobei das Feld gesprengt wurde...

Das „Freidenkerdogma“

Mit diesem Schlagwort beschäftigte sich am letzten Mittwoch der erste der von der Kommunistischen Gemeinde angeforderten drei Vorträge. Der Referent, Genosse Kurt Krämer, hatte sich die Aufgabe gestellt...

Das „15000 Mk. Geschenk“ der Fa. Bieschowitz vor Gericht

Im März v. J. behauptete das damals neugegründete (unterbesitzt längst entfallene) böhmische Standal-Wochenblatt „B. B. am Montag“, die Firma Bieschowitz hätte der kommunistischen Partei Schlesiens 15000 Mark überwiesen...

sozialistischen Weltanschauung betrachtet. Diese Weltanschauung ist von gewissen sozialistisch-intellektuellen Kreisen preisgegeben worden im Gegenfah zum modernen Freidenkertum...

Materialismus hoch zu halten und zu verteidigen gegen das Eindringen einer klassenfeindlichen Ideologie...

Von den Breslauer Gottsuchern Französischer Richtung wagte es niemand, in der Diskussion seine Ansichten zu verteidigen...

Von der Arbeit des Schlachthofes. Im Januar 1928 wurden im Schlachthofe geschlachtet und untersucht: 285 Ochsen, 1114 Bullen, 1089 Kühe, 617 Jungkühe, 4889 Kälber, 15 907 Schweine, 1866 Schafe, 64 Fiegen, 16 Hunde und 179 Pferde...

Reich muß der Dieb haben. Ein Büchhändler Hagen verzeßentlich am Donnerstag im Persönliche Breslau-Gemütsdorf an Stelle der eigenen eine fremde Aktentasche an sich...

Straßenbahnverkehr zur „Fahrrad“. In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch verkehrten auf den städtischen Straßenbahnlinien eine große Anzahl Nachtwagen.

Keine Polizeihunde in der „Fahrrad“. Der Polizeipräsident hat durch eine Bekanntmachung die Polizeihunde für den Friedrichsplatz-Breslau in der Nacht zum 22. Februar aufgehoben.

Vermißt wird seit 10. Februar der Köpferlehrling Edmund Schulz, geboren 24. November 1910 zu Breslau, baselst Gladbachstraße 46 wohnhaft.

Selbstmord. Ein Fleischermeister von der Nebenstraße hat sich Dienstag abend in seiner Wohnung erschossen.

Dhau. Ditschlerlei. Im hiesigen katholischen Kloster veranfaltete der katholische Jungfrauenverein einen Theaterabend; überboten mit einem großen Festessen. Es wurde bis Mitternacht gefungen und sogar getanzt.

Veranstaltungskalender siehe Seite 6.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

118

Er nahm seinen Rosenkranz wieder vor, unterbrach sich auf neue, da er Frau Maje bemerkte, die so dünn und verschwigen in den reservierten Raum hineinglitt...

„Gene Dame dort betet um die Befreiung ihres Gatten,“ begann Herr Sabathier ganz leise wieder, indem er sich mit einem kleinen Zeichen des Kopfs an seine Frau wandte.

„Du bist ihr diesen Morgen in einem Laden begegnet.“ „Ja, ja“, antwortete Frau Sabathier. „Und dann habe ich mit einer anderen Dame, die sie kennt, von ihr geplaudert.“

„Sieh!“ sagte sie, „sie wollen die Grotte gar zu schön machen, und damit haben sie dieselbe verborben.“

„Sieh!“ sagte sie, „sie wollen die Grotte gar zu schön machen, und damit haben sie dieselbe verborben.“

„Sieh!“ sagte sie, „sie wollen die Grotte gar zu schön machen, und damit haben sie dieselbe verborben.“

„Nebenbei verkehrte ihn auch der laute Ruf einer neuen Stimme in diesen Zustand der Selbstbemühtung vor Gott, in dem der gelehrt Denker, der er vor ihm gewesen war, in ihm erstarb.“

„Heilige Jungfrau der Jungfrauen, sei gebenedeiet!“ „Heilige Jungfrau der Jungfrauen, sei gebenedeiet!“

„Heilige Jungfrau der Jungfrauen, wende dein Angesicht nicht ab von deinen Kindern!“

„Heilige Jungfrau der Jungfrauen, wende dein Angesicht nicht ab von deinen Kindern!“

„Heilige Jungfrau der Jungfrauen, hauche du unsere Wunden an, und unsere Wunden werden verdorben!“

„Heilige Jungfrau der Jungfrauen, hauche du unsere Wunden an, und unsere Wunden werden verdorben!“

Die Familie Vignerot hatte es zuwege gebracht, sich auf dem Ende der ersten Bank, zunächst der mittleren, von Menschen verführten Allee niederzulassen.

„Was fehlt Ihnen denn, meine Liebe!“ fragte er endlich. „Sind Sie sich nicht wohl?“

„Ich weiß gar nicht. Ich fühle meine Glieder nicht mehr, und es fehlt mir ganz und gar an Luft.“

Augenblicklich kam ihm der Gedanke, daß die mit einer Pilgerfahrt verbundene Aufregung, das Fieber und das Gedränge einer Herzkrankheit kaum zuträglich sein konnten.

„Seh' Dich zurück, Gustave!“ rief er, „Du beschäftigst Deine Tante!“

„Fraulein! Können Sie uns nicht ein Glas Wasser reichen?“ Wir haben da eine Verwandte, die das Benutzen verliert.“

Frau Chaise lehnte jedoch mit einer Gebärde ab. Sie erhielt sich und schloß wieder mühsam Atem.

„Nein, nichts, ich danke. . . Ich befinde mich schon wieder besser.“

„Ich glaubte, diesmal müßte ich erkranken!“

Sie zitterte nach der überstandenen Furcht, und ihre Augen schauten verfürbt aus dem bleichen Gesicht. Sie faltete auf neue die Hände und setzte zur heiligen Jungfrau, sie möchte sie vor weiteren Anfallen bewahren und gesund werden lassen.

„Über Herr Vignerot konnte es nicht lange aushalten, ohne sich mit seinen Nachbarn zu beschäftigen. Im Gedränge der von Menschen überfüllten mittleren Allee hatte man die spät gekömmelte Frau Dieulafay niedergestellt.“

Als sich der Priester wieder erhob, räunte ihm Herr Vignerot an seiner Seite einen Platz auf der Bank an.

„Nun, Herr Ruzat“, begann er, „geht es dieser armen jungen Frau ein wenig besser?“

Der Abbe Judaine machte eine Gebärde voll unerbittlicher Kläglichkeit.

(Fortsetzung folgt)

Waldenburger Bergland

Die Grubenhandwerker rebellieren

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

Am 16. 2. tagte in der „Obermühle“ Dittersbach eine Betriebsversammlung der Handwerker der Melchiorgrube...

Die am 16. 2. in der „Obermühle“ Dittersbach tagende Versammlung der Bergarbeiter...

Die Opposition im RW. Ober-Altwaasser führend

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

In der Mitgliederversammlung der Bergarbeiterschaft des Ober-Altwaasser hielt Kamerad Derien zum ersten Punkt der Tagesordnung ein Referat über die Volkswirtschaft...

Die Zuschriften unserer Arbeiterkorrespondenten zeigen, daß die Waldenburger Bergarbeiter und auch die Kollegen von über Tage immer mehr die Verderblichkeit der reformistischen Gewerkschaftspolitik erkennen...

Niederschlesien

Görlitz

„Herr, vergiß ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“

Wir warteten schon lange darauf, daß in einer der in Görlitz erscheinenden rechtsprechenden Zeitungen die von Hampel und seine Frau geleitete, Stellung genommen würde...

Sie wollen nur noch einige Beweise bringen, die deutlich zeigen, daß alle Schmähbriefe von den gleichen Verfassern herrühren...

„Es war am Sonntabend in Raucha, dort herrschte eine Erregung über diesen Fall, daß ich bestimmt glaube, wenn Herr Hampel mitgegeben wäre, er hätte wenigstens mit gesunden Gliedern nicht wieder gesehen...“

Was für Gemeinheit in den Moral- und Sittlichkeitspredigern herrscht, zeigt uns weiterhin die „Nieder-schlesische Landeszeitung“...

langt von der Generalversammlung in Magdeburg die Befreiung aller Heberarbeiterszeitabkommen und die Schaffung eines Reichs-Lohn- und Manteltarifs.

Groß-Waldenburg

Dienstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, veranstaltet die kommunische Jugend, Ortsgruppe Weißfels, im Bürgerheim einen Lichtbildvortrag über „Französische und deutsche Revolution“...

Parteiurlaub in Altwaasser Dienstag um 19 Uhr bei dem Genossen Timmermann.

Jungkommunisten von Waldenburg-Altwaasser, kommt am Dienstag um 20 Uhr zeitlos ins „Kreuz“ zum Vortrag. Thema: „Die Bedeutung der Presse.“

Weiteres Faschingskonzert in Weißfels, veranstaltet von der Waldenburger Bergarbeiter Montags, dem 20. Februar, abends 8 Uhr, im Saale der „Preussischen Krone“.

Freiburg

Disziplinarverfahren beantragt

In der Sitzung des Freiburger Stadtparlaments am 14. Februar war als wichtigste Frage der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Staatseinsparungen im Jahre 1927...

Nichtbewilligung des Geldes in der Höhe der Ueberschreitung. Beantragung eines Disziplinarverfahrens gegen die schuldigen Personen bei der Regierung.

Briefkasten

Nieder-Salzbraun. Am Sonntabend leider erst um 9 Uhr in Breslau. Deshalb konnte die Notiz nicht mehr rechtzeitig veröffentlicht werden.

wundern uns über diese „Charaktereigenschaften“ weiter nicht. Diese schreibt:

„Wir wissen einen dritten Stammbuchvers: Der Lehrer Hampel ist kein Weiser, sondern ein Appellstakter und Scheiger.“

Es erübrigt sich weiter, zu diesem Zeit etwas zu sagen, denn es kennzeichnet die verkommenen Subjekte voll und ganz. — Arbeiter, Wertarbeit, ihr erkenn an solchen Geistesprodukten die Vertreter der Kirche!...

Jetzt Jahre rote Arme!

Am 23. Februar 1928 jährte sich zum zehnten Male der Jahrestag der roten Armee Sowjetrußlands. Die rote Armee ist ein wichtiger Bestandteil des Arbeiter- und Bauernstaates.

Schuldige Flandernkontroll. Wir verweisen auf die Bekanntmachung der Flandernkontroll, daß die verfallenen Flandern Nr. 16 301 bis 20 000 am 8. März vormittags 9 Uhr im kleinen Saale des Hotels „Zum braunen Firsch“...

Lauban

Die Sozialdemokraten stimmen den Heberarbeiten bei der Eisenbahn zu. Weil in Deutschland ständig eine große Arbeitslosigkeit vorhanden ist, führt die ausgewählte Arbeiterklasse...

von der Befehlschaft ihre Abfuhr erhielten, als „Arbeitervertreter“ und „Bloten“ beschimpft, und noch dazu von einem ehemaligen SPD-„Revolutionär“ und „Unken“ SPD-Mann...

Selbstmord in Lauban. Erschossen hat sich auf dem Sportplatz der Vöhrdredirektor Scheidt vom hiesigen Kreisarchiv...

Glogau

Parademarsch der Reichswehr. Abt. meldet: Donnerstag nachmittag zogen die Truppenformationen von Glogau, Sprottau und Sagan...

Aus dem Riesengebirge

Lügen. Gegenüber dem Gericht, daß durch verantwortungslose Elemente in Umlauf gesetzt wurde, um die Girschberger Rote-Hilfsorganisation zu schädigen...

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen. Altwaasser. Dienstag 19 Uhr Parteikursus bei Genossen Timmermann. Breslauer Straße 42. Görlitz. Montag 19.30 Uhr Sprechchorprobe...

Rundfunkprogramm

Sonntabend, 25. Febr. 15.45: Aus Büchern der Zeit. 16.15: Die Filme der Woche. 16.30: Tanznachmittag. Funfstapel. 18: Voltrat Jaffe: Seelabreisen in Krieg und Frieden...

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater. Von Sonntag, d. 19. 2. bis Freitag, den 24. 2. täglich 20 Uhr. „Der Hexer“.

Stadttheater Breslau

(Opernhaus) Montag, 20 Uhr Abonnement-Vorstellung Serie F 13. Jouny spielt auf.

Schauspielhaus Breslau

Operettenbühne Breslau. Täglich 20 Uhr. „Der Zarewitsch“.

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Woitkowiak Breslau, Vittoriastr. 118/20. Lederjaden Ia Warm gefätert 64., 55., 47. Lederhosen 5.25 Lederriemen und -Hüben Lombardhaus, Breslau, Salvatorplatz 4